

„Egunkaria“: Fünf bleiben in Haft

Vier Journalisten gegen Kaution auf freiem Fuß - Baskenregierung steht hinter Zeitung

Bozen/Madrid (le/APA) - Der spanische Richter Juan del Olmo hat in Madrid angeordnet, dass fünf der festgenommenen leitenden Mitglieder der baskischen Tageszeitung „Euskaldunon Egunkaria“ bis auf weiteres im Gefängnis bleiben müssen.

Der Richter der „Audiencia Nacional“ stützt seine Anklage, es gebe wirtschaftlich-finanzielle Bindungen zwischen „Egunkaria“ und der Terrororganisation ETA, auf zehn Dokumente, die bei letzterer zwischen 1990 und 1993 gefunden wurden.

Hinter Gittern bleiben Xabier Alegria, angeblich der Verbindungsmann zwischen Zeitung und ETA, Txema Auzmendi, Xabier Oleaga, Juan Mari Torrealdei und Vorstandsvorsitzender Inaki Uria.

Chefredakteur Martxelo Otamendi wurde gegen eine Kaution von 30.000 Euro auf freiem Fuß gesetzt. Geschäftsführerin Imna Gomila muss 18.000 Euro entrichten, die Mitarbeiter Luis Goia und Fermin Lazkano je 12.000 Euro. Der kranke Peio Zubiria, der einen Selbstmordversuch begangen hatte, war bei Redaktionsschluss noch nicht vernommen worden.

Ein weiterer Konflikt Mad-



Auf die Straße gesetzt: Journalisten und Angestellte der Zeitung „Euskaldunon Egunkaria“ vor dem Haupteingang des Verlagsgebäudes in Andoain
APA/EFE

rid-Vitoria ist vorprogrammiert. Die Regionalregierung des Baskenlandes will auch die vom Personal der „Egunkaria“ herausgegebene Nachfol-

ge-Zeitung „Egunero“ („Täglich“ subventionieren, obwohl die spanische Justiz der Zeitung vorgeworfen hat, als Sprachrohr der Terroristen ge-

dient zu haben. Die linksnationalistische Zeitung hatte eine Auflage von rund 15.000 Exemplaren und etwa 45.000 Leser.



Dolomiten, 26/02/2003

Chefredakteur **Martxelo Otamendi** (links oben) ist wieder frei. Eingekerkert sind hingegen noch Verlagsleiter **Juan Mari Torrealdei** (rechts oben), Vorstandsvorsitzender **Inaki Uria** (links unten) und **Xabier Alegria** (rechts unten). APA/EFE

„Egunkaria“ hat eine Strafanzeige gegen Richter Juan del Olmo erstattet. Dieser habe die Pressemitteilung über die Schließung der Zeitung rechtswidrig gemeinsam mit dem Innenministerium verfasst.